

Gropp, Reint E.

Article

Deutsche Blockade der EU-Reformen eine Gefahr für Europa

Wirtschaft im Wandel

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Gropp, Reint E. (2018) : Deutsche Blockade der EU-Reformen eine Gefahr für Europa, *Wirtschaft im Wandel*, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 24, Iss. 2, pp. 21-21

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/178642>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Deutsche Blockade der EU-Reformen eine Gefahr für Europa

Reint E. Gropp, Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle



In den letzten Wochen haben wir zwei wichtige Dinge gelernt. Erstens: Europa hat keinen verlässlichen Partner in den USA und ist auf sich gestellt. Zweitens: Der wirtschaftliche Boom im Euroraum wird nicht unendlich anhalten. Auf den ersten Blick haben die beiden Erkenntnisse nicht viel miteinander zu tun, auf den zweiten jedoch machen sie klar, dass Deutschland seine Blockadehaltung in Bezug auf Reformen in der Europäischen Union (EU) aufgeben muss, um eine neuerliche Krise zu vermeiden.

Wir wissen jetzt, dass der amerikanische Präsident Ernst macht mit „America First“: Die Wahrscheinlichkeit eines Handelskriegs mit den USA hat stark zugenommen, er scheint inzwischen fast unausweichlich. Die Ausnahmen, die die EU von den Zöllen erwirken konnte, werden demnächst fallen, daran hat wohl niemand mehr Zweifel, und die EU wird ihrerseits mit Zöllen reagieren. Dazu kommt, dass die Zölle der Amerikaner auf chinesischen Stahl möglicherweise zu einem Überangebot in Europa führen könnten, was auch die Handelsbeziehungen der EU mit China belasten würde. Der Alleingang der Amerikaner beim Iran-Abkommen hat gezeigt, dass weder Präsident Macron noch Premierministerin May noch Kanzlerin Merkel in Amerika ernst genommen werden. Dass diese Politik aller Wahrscheinlichkeit nach am Ende den Amerikanern selbst am meisten schaden wird, steht auf einem anderen Blatt.

Europa steht also allein da – und längst nicht mehr so gut wie noch vor ein paar Monaten. Eine Reihe von Wirtschaftsindikatoren zeigt, dass der Boom der letzten beiden Jahre vielleicht schon wieder vorbei ist. Die wirtschaftliche Aktivität in Deutschland hat sich bereits abgeschwächt. Autoverkäufe in der EU geben nach. Laut Schätzungen des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung IMK hat die Wahrscheinlichkeit für eine Rezession 2019 stark zugenommen. Die Wirtschaftsforschungsinstitute (einschließlich des IWH) prognostizieren jetzt eine konjunkturelle Abkühlung. Finanzmarktindikatoren signalisieren Risiken für die Konjunktur. Die Unsicherheit über den wirtschaftspolitischen Kurs der USA, Protektionismus, die Möglichkeit eines bevorstehenden Ausstiegs aus der Niedrigzinspolitik und die wei-

terhin unklaren Auswirkungen des Brexit scheinen nun Wirkung zu zeigen.

Ist Europa auf eine Verlangsamung der Wirtschaft vorbereitet? Es gibt einige Punkte, die optimistisch stimmen: Die Schuldenstände der meisten Mitgliedsländer sind stabil oder nehmen ab. In einigen Ländern haben – erzwungen oder freiwillig – Strukturreformen stattgefunden, die die Wettbewerbsfähigkeit der Länder erhöhen sollten. Die großen Banken sind besser beaufsichtigt und haben im Vergleich zur Zeit vor der Finanzkrise ihr Eigenkapital verdoppelt. Trotzdem ist noch vieles unerledigt und wird von der Bundesregierung blockiert: Die Bundesregierung ist gegen einen gemeinsamen EU-Haushalt, um makroökonomische Schocks abzufedern. Sie ist gegen eine risikolose EU-Anleihe, die als Referenzpunkt für andere Vermögensgegenstände dienen kann und daher als Stabilitätsanker dringend nötig ist. Sie ist gegen eine gemeinsame Einlagensicherung und verhindert damit die vollständige Implementierung der Bankenunion.

Diese Reformen wären aber notwendig, um die Union krisenfester zu machen. Italien stellt zurzeit das größte Risiko für die Union und den Euro dar. Die Bilanzen der italienischen Banken sind weiterhin voller Altlasten, die öffentlichen Schulden betragen über 139% in Relation zum BIP, und das Land scheint auf absehbare Zeit ohne eine funktionierende Regierung dazustehen. Die EU hat noch immer keine Instrumente, um mit einer italienischen Staatsschuldenkrise umzugehen. Ohne ein risikoloses Asset und einen zentralen, stärkeren EU-Haushalt würde die gesamte Last einer neuerlichen Krise wieder auf die EZB fallen, ohne Unterstützung von fiskalischer Seite.

Wer einen dauerhaft stabilen Euro will, muss auch einer Vertiefung der Union zustimmen. Alles andere ist Wunschdenken und Augenwischerei. Deutschland sollte sich an die Spitze der Reformbemühungen setzen und von der Bremse gehen. Mit seiner gegenwärtigen Blockadepolitik ist Deutschland eine Gefahr für die EU. Die Zeit läuft Europa davon. 